

REPORT BERLIN

Bericht aus dem
Deutschen Bundestag
von Carsten Müller

09/2017



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

nach sehr intensiven Diskussionen und Beratungen wurden die **Finanzbeziehungen** zwischen Bund und Ländern in dieser Woche auf eine neue Grundlage gestellt. Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket, zu dem auch Grundgesetzänderungen gehörten, haben wir für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern von 2020 bis mindestens 2030 gesorgt. Im Vordergrund dieser Reform stand die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Damit tragen wir zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland bei. Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ergänzend erklärt sich der Bund zu einer jährlichen zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Im Gegenzug konnten wir strukturelle Verbesserungen im Bund-Länder-Verhältnis erreichen.

Im Zusammenhang mit dieser Reform wurde ich immer wieder auf die **Infrastrukturgesellschaft** angesprochen. Fakt ist: Autobahnen sind für uns als starke Wirtschaftsnation wichtige Lebensadern. Ihre Planung, Finanzierung, Bau, Betrieb und Erhalt werden zukünftig zentral in der neu zu schaffenden Infrastrukturgesellschaft gebündelt, die 2021 ihre Arbeit aufnehmen soll. Durch die damit einhergehende Abschaffung der oftmals schwerfälligen Bundesauftragsverwaltung soll schneller geplant, direkt finanziert und mehr gebaut werden können. Vorteil: In ganz Deutschland wird künftig gleichberechtigt bedarfsgerecht geplant, gebaut und finanziert. Die Gesellschaft soll dafür über ausreichend eigenes Know-how und eigene Kompetenzen verfügen. Den über 10.000 Beschäftigten wird ein guter Übergang zum Bund zugesichert und auf ihre Bedürfnisse geachtet.

Gute Nachrichten gab es in dieser Woche für die Besitzer von Fahrzeugen mit **Flüssiggasantrieb**: In den Beratungen des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energie- und Stromsteuergesetzes ist es uns gelungen, die Steuerbegünstigung von Flüssiggaskraftstoffen über das Jahr 2018 hinaus zu verlängern. Der volle Steuersatz muss nunmehr erst ab 2023 gezahlt werden, der ursprüngliche Gesetzesentwurf sah dies bereits ab 2019 vor. Nach der nunmehr gefundenen Lösung wird es zwischen 2019 und 2022 eine jährlich abschmelzende Begünstigung für Flüssiggas als Kraftstoff geben. Das schafft nicht nur für Besitzer und Käufer, sondern auch für Hersteller und Tankstellenbetreiber mehr Verlässlichkeit. Bereits früh stand fest, dass die Steuerbegünstigung von Erdgaskraftstoffen über 2018 hinaus bis 2026 weiter laufen wird. Die Verlängerung ist wichtig für den Klimaschutz: Diese umweltschonenden Kraftstoffe helfen uns schließlich dabei, auf dem Weg zu einer möglichst emissionsfreieren und nachhaltigen Mobilität weiter voranzukommen.

Schöne Pfingsten und mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Carsten Müller

Berlin, 2. Juni 2017



Carsten Müller
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 – 73298
Fax: 030/227 – 76298
carsten.mueller@bundestag.de
www.carsten-mueller.com

Stärkung der Betriebsrente

Mit der Verabschiedung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes wurde in dieser das Zusammenspiel von gesetzlicher Rentenversicherung und ergänzender Altersvorsorge gestärkt. Derzeit haben rund 60 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland Anspruch auf eine Betriebsrente. Mit Zuschüssen und Steuervorteilen wird nunmehr die Bereitschaft zur ergänzenden Sicherung des Alterseinkommens erhöht. Insbesondere Geringverdiener profitieren von dem neuen Betriebsrenten-Förderbetrag. Bei Einkommen bis zu 2.200 Euro brutto im Monat wird ein Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente von bis zu 480 Euro im Jahr mit bis zu 144 Euro bezuschusst. Für Geringverdiener wird eine Betriebsrente attraktiver, weil bis zu 200 Euro im Monat nicht mehr mit der Grundsicherung im Alter verrechnet werden. Wer vorsorgt, bekommt mehr. Auch der staatliche Zuschuss zur Riester-Rente steigt um 21 Euro auf 175 Euro pro Jahr. Die betriebliche Altersversorgung soll künftig zusätzlich über Tarifverträge ausgebaut werden. Die Arbeitnehmer sollen, begrenzt auf ein neues Sozialpartnermodell, auf eine Garantie verzichten, wie hoch die Betriebsrente am Ende ausfällt. Den Beschäftigten wird stattdessen eine Zielrente angeboten. Die neue Betriebsrente ohne Garantien ist ein Vertrauensvorschuss an die Tarifvertragspartner, an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist jetzt ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die Sicherheit des neuen Modells gerechtfertigt bleibt. Wichtig ist es, dass sich kleine, nicht-tarifgebundene Betriebe dem neuen Modell anschließen können und dass es gut funktionierende, bestehende Betriebsrentensysteme nicht verdrängt.

Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen

Ehen zwischen Minderjährigen können das Wohl der Kinder bzw. Jugendlichen sowie deren Entwicklungschancen maßgeblich beeinträchtigen. Im Sinne des Kindeswohles und des Schutzbedürfnisses Minderjähriger wurde in dieser Woche ein Gesetz beschlossen, mit dem das Ehemündigkeitsalter im deutschen Recht ausnahmslos auf 18 Jahre festgelegt wird. Zudem werden Ehen, bei denen ein Ehepartner zum Zeitpunkt der Heirat unter 16 Jahre alt war, für nichtig erklärt. War einer der Ehepartner 16 oder 17 Jahre, kann auf Antrag die Ehe durch Gerichtsbeschluss annulliert werden. Wir setzen damit unsere Werteordnung auch gegenüber im Ausland geschlossenen Ehen durch, wenn die Ehepartner etwa als Flüchtlinge nunmehr nach Deutschland kommen.

Bericht zur „Digitalen Agenda“

Der vorliegende Bericht „Digitale Agenda 2014 bis 2017“, der am Freitag debattiert wurde, beschreibt Erfolge und Maßnahmen der im Koalitionsvertrag vereinbarten „Digitalen Agenda 2014 bis 2017“ der Bundesregierung. Zu ihren Kernzielen gehören die Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung, vermehrter Zugang und Teilhabe für alle Menschen und die Gewährleistung von Vertrauen und Sicherheit in digitale Technik und Kommunikation. Bedeutende Maßnahmen ihrer Umsetzung sind unter anderem der Ausbau der flächen-deckenden Breitband-Infrastruktur, die Förderung von Industrie 4.0 und die Cyber-Sicherheitsstrategie.

Freiheits- und Einheitsdenkmal konsequent umsetzen

Die Würdigung der Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte und die Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 sind der CDU/CSU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Deshalb erfolgte mit einem Antrag ein klares Bekenntnis zum Bau des Siegerentwurfs „Bürger in Bewegung“ am Berliner Schloss.

Weitere Informationen zur Woche im Deutschen Bundestag finden Sie auch hier:

www.cducsu.de
www.bundestag.de



Ifo-Geschäftsklimaindex springt auf höchsten Wert seit 1991

Die ausgezeichnete Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Mai noch einmal deutlich verbessert. Der Geschäftsklimaindex des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung sei so hoch wie nie. Der Geschäftsklimaindex stieg im Mai von 113,0 auf 114,6 Punkte und damit den höchsten Stand seit 1991. Sowohl die aktuelle Lage als auch die Erwartungen wurden von den Unternehmen merklich nach oben korrigiert. Die rund 7000 befragten Unternehmen beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage nochmals deutlich besser. In der Industrie zeigten alle Signale nach oben. Insbesondere die Hersteller von Investitionsgütern berichteten von sehr guten Geschäften. Die Auftragsbücher füllen sich. Viele Unternehmen planen die Produktion weiter auszuweiten. Auch auf dem Bau läuft es so gut wie nie seit der Wiedervereinigung. (Quelle: dpa)

Verbraucherlaune so gut wie seit 2001 nicht mehr

Die gute Konjunktur treibt die Stimmung der Verbraucher auf den höchsten Stand seit fast 16 Jahren. Der von den GfK-Experten ermittelte Konsumklima-Index für Juni stieg überraschend um 0,2 auf 10,4 Punkte. Das Barometer war im März und April jeweils leicht gesunken - auch wegen der anziehenden Inflation und der Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik von US-Präsident Donald Trump. Nun kletterte der Indikator das zweite Mal in Folge und erreichte den höchsten Wert seit Oktober 2001. Ökonomen hatten nur mit einer Stagnation gerechnet. Die Verbraucher blickten so zuversichtlich auf die Konjunktur wie seit zwei Jahren nicht mehr. Grund für die positive Konsumstimmung ist die unverändert gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. (Quelle: Reuters)

Mehrheit der Jugendlichen vertraut auf klassische Nachrichtenquellen

Ergebnissen der Kinder- und Jugendstudie des Digitalverbandes bitkom zufolge, nutzen 70 Prozent der zehn- bis 18-Jährigen das Fernsehen, um sich über aktuelle Nachrichten zu informieren. Darauf folgt auf Platz zwei, mit 47 Prozent, das unter Jugendlichen oftmals vergessen geglaubte Radio. Den dritten Platz teilen sich Soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook mit den Printmedien (je 34 Prozent). Insgesamt geben 89 Prozent der zehn- bis 18-Jährigen an, sich über die weltweite Nachrichtenlage zu informieren. Die Umfrage zeigt, dass die große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen weiter auf klassische Medien vertraut, wenn es um das aktuelle Tagesgeschehen geht. Internetrecherche betreiben Jugendliche hingegen vor allem bei den Themen Musik, Schule bzw. Ausbildung sowie Serien und Filme. (Quelle: Digitalverband bitkom)

Deutsche Fluggastzahlen auf Rekordstand

Noch nie in einem ersten Jahresquartal war die Zahl der von deutschen Hauptverkehrsflughäfen abgereisten Passagiere so hoch wie im Zeitraum von Januar bis März 2017. Mit 23,5 Millionen Fluggästen nahm sie gegenüber dem Vorjahreszeitraum um vier Prozent zu. Starken Zuwachs erfuhr der Auslandsverkehr mit 4,3 Prozent. Der Passagierverkehr auf innerdeutschen Strecken steigerte sich demgegenüber um 2,9 Prozent. Die größte Zunahme an Passagieren im Vergleich zum ersten Quartal 2016 verzeichneten Flüge nach Ägypten, Israel und Russland. In die Türkei, nach Brasilien und auf die Balearen starteten hingegen deutlich weniger deutsche Fluggäste. (Quelle: Statistisches Bundesamt)